



Hannover, den 02.10.2011

Resolution der Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes e.V.

"Tierschutz stärken, Politik fordern. Zusammenarbeit mit der Tierärzteschaft."

Der Deutsche Tierschutzbund und die Tierschutzvereine auf der einen Seite und auf der anderen Seite Vertreter der Tierärzteschaft pflegen im Sinne des Tierschutzes einen konstruktiven Gedankenaustausch und vor allem vor Ort eine intensive Zusammenarbeit. Bei der Lösung von Tierschutzproblemen ist die Gebührenordnung für Tierärzte (GOT) eine entscheidende Hürde.

So stimmt der Deutsche Tierschutzbund mit der Tierärzteschaft überein, dass z. B. nur flächendeckende Kastrationsaktionen die Populationen frei lebender Katzen begrenzen können und damit nachhaltig das Katzenelend beseitigt werden kann. Die GOT lässt aber nicht zu, dass bei von Tierschützern finanzierten Kastrationsaktionen frei lebender Katzen der einfache GOT-Satz unterschritten wird.

Dies gilt auch für Kastrationen im Tierbestand der Tierheime, obwohl bspw. bei der Kastration von mehreren Bullen in einem landwirtschaftlichen Betrieb Mengenrabatt eingeräumt wird.

Der Deutsche Tierschutzbund erkennt die Empfehlung der Bundestierärztekammer an, bei Behandlungen von Tierheimtieren oder Tierschutzfällen möglichst den einfachen Satz nach GOT nicht zu überschreiten, um den Tierschutz nicht über Gebühr zu belasten. Aber selbst die damit verbundenen Kosten sind für die Tierschutzvereine mit ihren Tierheimen, die sich überwiegend aus Spenden finanzieren müssen, nicht zu schultern.

Eine Unterschreitung des einfachen Satzes der GOT ist derzeit nur dann möglich, wenn die Aktivitäten im Interesse des Allgemeinwohls sind. Das aber wird nur anerkannt, wenn sich auch die öffentliche Hand, hier die Kommunen, die nach unserer Auffassung und nach Auffassung der Tierärzteschaft für frei lebende Katzen verantwortlich sind, wenigstens in angemessener Weise finanziell beteiligen.

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes fordert

die Bundesministerin Ilse Aigner auf, die GOT zeitnah zu novellieren, um künftig die Möglichkeit für Rabattierungen bei Tierschutzmaßnahmen zu schaffen. Dazu gehören ausdrücklich neben den Kosten für Kastration für frei lebende Katzen u. a. auch die Kosten für die Behandlung der Tiere, die sich in Obhut der Tierschutzvereine und der Tierheime befinden.

Bis zum Zustandekommen einer tierschutzkonformen Novellierung der GOT fordert der Deutsche Tierschutzbund die Kommunen auf, sich umgehend und angemessen finanziell an örtlichen Kastrationsaktionen von frei lebenden Katzen zu beteiligen.